



Schlichtungsordnung

Mediation Guidelines
(English translation: page 12 ff.)

22. November 1974

Schlichtungsordnung

- beschlossen vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft
am 22. November 1974 mit sofortiger Wirkung –

Alle personenbezogenen Funktionsbezeichnungen dieser Schlichtungsordnung sind geschlechtsneutral zu verstehen.

INHALT

SCHLICHTUNGSORDNUNG	5
§ 1	5
§ 2	5
§ 3	6
§ 4	6
§ 5	7
§ 6	7
§ 7	7
§ 8	7
§ 9	8
§ 10	8
§ 11	9
§ 12	9
§ 13	9
§ 14	10
§ 15	10
MEDIATION GUIDELINES	14
§ 1	14
§ 2	14
§ 3	15
§ 4	15
§ 5	16
§ 6	16
§ 7	16
§ 8	16
§ 9	17
§ 10	17
§ 11	18
§ 12	18
§ 13	18
§ 14	19
§ 15	19

SCHLICHTUNGSORDNUNG

§ 1

Können Beschwerden oder Streitigkeiten in einem Institut nicht beigelegt werden, so ist jeder Mitarbeiter berechtigt, ein Schlichtungsverfahren zu beantragen. Voraussetzung soll sein, dass die Bemühungen, die Angelegenheit im Institut beizulegen, fehlgeschlagen sind.

Auf die gemäß §§ 84 und 85 des Betriebsverfassungsgesetzes eröffneten Beschwerdemöglichkeiten wird hingewiesen.

Jeder Mitarbeiter, der die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt hat, hat das Recht, den für ihn zuständigen Betriebsrat hiervon zu unterrichten. Eine ihm gegenüber beabsichtigte ordentliche Kündigung bedarf während der Dauer des Schlichtungsverfahrens der Zustimmung des Betriebsrats.

§ 2

Der Präsident bestellt auf Vorschlag des Senats für jede Sektion drei Schlichtungsberater für die Dauer von drei Jahren.

Die Schlichtungsberater werden aus dem Kreis der Sektionsmitglieder und der Emeritierten Wissenschaftlichen Mitglieder der Sektion bestellt. Für jede Sektion soll ein Schlichtungsberater aus dem Kreis der in die Sektion gewählten wissenschaftlichen Mitarbeiter bestellt werden.

Die Sektion macht dem Senat hierzu Vorschläge.

§ 3

Ein Schlichtungsverfahren wird mit dem Antrag an einen der Schlichtungsberater der zuständigen Sektion eingeleitet. Der Schlichtungsberater kann eine schriftliche Begründung des Antrags verlangen.

Der Schlichtungsberater kann aus Gründen der eigenen Befangenheit ablehnen, sich mit einer ihm vorgetragenen Angelegenheit zu befassen.

In derselben Angelegenheit soll jeweils nur ein Schlichtungsberater tätig werden, und zwar derjenige, der in der betreffenden Angelegenheit zuerst angerufen worden ist.

Im Zweifelsfalle bestimmt der Präsident den zuständigen Schlichtungsberater.

§ 4

Der Schlichtungsberater versucht, die Angelegenheit beizulegen.

Hält der Schlichtungsberater eine gemeinsame Beratung der Angelegenheit für erforderlich, so bestimmt er Ort und Zeit der Beratung nach Anhörung der Betroffenen.

Zur Wahrung seiner Aufgaben hat der Schlichtungsberater das Recht, von den Beteiligten und der Institutsleitung die von ihm für erforderlich gehaltenen Informationen einzuholen. Mit Einverständnis der Beteiligten kann er auch von Dritten Informationen und Auskünfte einholen.

Der Schlichtungsberater muss alle an ihn herangetragenen Angelegenheiten gegenüber allen am Verfahren nicht Beteiligten vertraulich behandeln.

Der Schlichtungsberater unterbreitet den Beteiligten seinen Lösungsvorschlag. Er gilt als angenommen, wenn er nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen von einem der Beteiligten abgelehnt wird.

Im Übrigen ist der Schlichtungsberater an die Einhaltung bestimmter Verfahrensnormen nicht gebunden.

§ 5

Die Schlichtungsberater erstellen einen jährlichen Bericht an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft über Zahl und Art der behandelten Angelegenheiten und deren Erledigung, ohne Darstellung der Einzelfälle.

§ 6

Erklärt der Schlichtungsberater oder einer der Beteiligten den Versuch zur Beilegung der Angelegenheit für gescheitert, so gibt der Schlichtungsberater auf Antrag eines Beteiligten die Sache an den Präsidenten weiter mit der Bitte um Bildung einer Schlichtungskommission.

§ 7

Die Schlichtungskommission besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.

Der Präsident bestellt die beisitzenden Mitglieder und den Vorsitzenden aus dem Kreis der Schlichtungsberater aller Sektionen mit Ausnahme des Schlichtungsberaters, der bereits mit der Angelegenheit befasst war. Der Präsident kann auch ein Mitglied des Senats in die Schlichtungskommission berufen. Ist ein wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Angelegenheit beteiligt, so soll ein Mitglied der Kommission wissenschaftlicher Mitarbeiter sein.

Beschlüsse der Schlichtungskommission werden mit einfacher Mehrheit gefasst.

§ 8

Jeder der Beteiligten kann sich durch einen Angehörigen der Max-Planck-Gesellschaft vor der Schlichtungskommission vertreten lassen oder mit einem Angehörigen der Max-Planck-Gesellschaft als Beistand erscheinen. Das persönliche Erscheinen der Beteiligten kann vom Vorsitzenden verlangt werden.

§ 9

Der Vorsitzende kann zur Vorbereitung der Verhandlung alle notwendigen Unterlagen und Informationen anfordern. Wer zur Information beizutragen vermag, kann vom Vorsitzenden als Zeuge geladen werden.

§ 10

Die Schlichtungskommission verhandelt in nichtöffentlicher Sitzung.

Der Vorsitzende bestimmt den Ort und den Beginn der Verhandlung nach Anhörung der Beteiligten.

Zwischen der Ladung der Beteiligten und der mündlichen Verhandlung muss eine Frist von mindestens vier Wochen liegen. Mit Einverständnis der Beteiligten kann diese Frist abgekürzt werden.

Die Schlichtungskommission muss alle an sie herangetragenen Angelegenheiten gegenüber allen am Verfahren nicht Beteiligten vertraulich behandeln.

Im Übrigen ist die Schlichtungskommission an die Einhaltung bestimmter Verfahrensnormen nicht gebunden.

Die Angelegenheit soll möglichst in einer Sitzung beigelegt werden. Gelingt das nicht und besteht Aussicht, dass in einer weiteren Sitzung Einigung erzielt werden kann, so soll die Kommission eine neue Sitzung anberaumen.

Erscheint ein Beteiligter trotz ordnungsgemäßer und rechtzeitiger Ladung nicht, so kann die Verhandlung auch in seiner Abwesenheit durchgeführt werden.

§ 11

Kommt es zu einer Einigung, so werden die getroffenen Vereinbarungen schriftlich festgelegt und den Beteiligten sowie dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft übermittelt.

Gelangt man nicht zu einer Einigung, so stellt die Kommission das Scheitern der Verhandlung fest. Sie kann diese Feststellung mit Empfehlungen an die Beteiligten zur Beilegung der Angelegenheit verbinden.

§ 12

Können Maßnahmen von Organen oder Gremien der Max-Planck-Gesellschaft zur Beilegung des Streites beitragen, so kann die Kommission außerdem in jeder Lage des Verfahrens Empfehlungen an die zuständigen Organe und Gremien der Max-Planck-Gesellschaft richten. Diese unterrichten die Schlichtungskommission über ihre Entscheidung.

Will ein Organ oder Gremium der Empfehlung der Schlichtungskommission nicht folgen, so hat es vor seiner Entscheidung die Kommission erneut mit der Angelegenheit zu befassen, es sei denn, die unmittelbar Beteiligten hätten inzwischen einer anderen Lösung zugestimmt.

§ 13

Die Beteiligten unterrichten die Schlichtungsberater oder die Schlichtungskommission, wenn die Streitigkeit, die Gegenstand des Schlichtungsverfahrens ist, in einem anderen Verfahren anhängig ist.

Der Schlichtungsberater oder die Schlichtungskommission können in einem solchen Fall das Schlichtungsverfahren für beendet erklären, sofern nicht die Beteiligten übereinstimmend die Fortsetzung des Schlichtungsverfahrens beantragen.

§ 14

Das Schlichtungsverfahren ist kostenfrei. Die Tätigkeit der Schlichtungsberater und der Schlichtungskommission ist ehrenamtlich. Den Schlichtungsberatern, den Mitgliedern der Schlichtungskommission sowie den Beteiligten und ihren Vertretern oder Beiständen und sonst geladenen Personen sind auf Antrag die notwendigen Auslagen zu erstatten. Die reisekostenrechtlichen Bestimmungen finden entsprechende Anwendung.

§ 15

Die Schlichtungsordnung tritt auf Beschluss des Senats vom 22. November 1974 mit diesem Tage in Kraft.



Mediation Guidelines

22. November 1974

Mediation Guidelines

- adopted by the Senate of the Max Planck Society
on November 22, 1974 with immediate effect -

**THE ENGLISH TRANSLATION IS FOR INFORMATIVE PURPOSE ONLY.
ONLY THE GERMAN VERSION REMAINS BINDING.**

All personal function designations in the Election Procedure are to be understood as being gender neutral.

MEDIATION GUIDELINES

§ 1

Should it not be possible to resolve complaints or disputes at an institute, every employee is entitled to apply for mediation. This shall be subject to the condition that efforts to resolve the issue at the institute have failed.

Attention is drawn to the opportunities for complaint afforded by §§ 84 and 85 of the Works Council Constitution Act (Betriebsverfassungsgesetz).

Every employee who applies for mediation to be initiated has the right to inform his or her competent Works Council. Any intent to terminate his or her employment in the ordinary way while mediation is in progress will require the consent of the Works Council.

§ 2

The President, in response to a proposal by the Senate, shall appoint three mediators for each Section for a term of three years.

The mediators shall be appointed from among the Section Members and Emeritus Scientific Members of the Section. One mediator for each Section shall be appointed from among the scientific staff elected to the Section.

The Section shall submit proposals to the Senate.

§ 3

Mediation shall be initiated upon application to one of the mediators for the competent Section. The mediator may request written grounds for the application.

For reasons of personal interest or involvement, the mediator may decline to consider a matter submitted to him or her.

In each case, one mediator only should be engaged in each matter, this being the mediator first consulted in the matter concerned.

In case of doubt, the competent mediator will be determined by the President.

§ 4

The mediator shall attempt to resolve the matter.

Should the mediator consider joint deliberation upon the matter to be necessary, after hearing the parties concerned, the mediator shall determine the place and time for said deliberation.

For the purpose of performing his or her duties, the mediator has the right to obtain such information from the parties concerned and from the institute management, as he or she shall deem necessary. With the agreement of the parties concerned, the mediator may also obtain information from third parties.

The mediator must treat all matters disclosed to him or her as confidential, and not disclose the same to parties not involved in the mediation procedure.

The mediator shall present his or her proposed solution to the parties concerned. This proposal will be deemed to be accepted if not declined by either party within a period of four weeks.

In other respects the mediator is not required to comply with specific procedural norms.

§ 5

The mediators shall prepare an annual report to the President of the Max Planck Society on the number and nature of matters addressed, as well as how these were dealt with, without detailing individual cases.

§ 6

Should the mediator or one of the parties concerned declare the attempt to resolve the matter to have failed, the mediator, upon application by one of the parties, shall forward the matter to the President with the request that a mediation committee be formed.

§ 7

The Mediation Committee shall comprise a chairperson and two assessors.

The President shall appoint the assessors and the chairperson from among the mediators for all of the Sections, with the exception of the mediator who has already been dealing with the matter. The President may also appoint a Member of the Senate to the Mediation Committee. If a member of scientific staff is concerned in the matter, one member of the Committee shall be a scientific staff member.

Resolutions are passed by the Mediation Committee by a simple majority.

§ 8

Each of the parties concerned may be represented before the Mediation Committee by a person affiliated with the Max Planck Society or may appear with a person affiliated with the Max Planck Society in support. The chairperson may request that the parties concerned appear in person.

§ 9

In preparation for the hearing, the chairperson may request all necessary documents and information. Any person who may have information to contribute may be called by the chairperson as a witness.

§ 10

The Mediation Committee shall conduct its proceedings in closed session.

The chairperson having heard the parties concerned shall determine the place and commencement of the proceedings.

There must be a minimum period of 4 weeks between the parties being summoned to appear and the commencement of the oral hearing. This period may be reduced with the agreement of the parties concerned.

The Mediation Committee must treat all matters disclosed to it as confidential and not disclose the same to parties not involved in the procedure.

In other respects, the Mediation Committee is not required to comply with specific procedural norms.

The matter should as far as possible be resolved in one session. Should this not be the case, but there is a prospect that agreement may be achieved in a further session, the Committee shall arrange to reconvene.

Should a party fail to appear despite being duly and properly summoned in good time, the hearing may be conducted in his or her absence.

§ 11

Should the matter be resolved, the agreements reached shall be recorded in writing and communicated to the parties concerned and to the President of the Max Planck Society.

Should an agreement not be reached, the Committee shall determine the hearing to have failed. It may combine this determination with recommendations to the parties as to how the matter may be resolved.

§ 12

If measures taken by organs or governing bodies of the Max Planck Society may contribute to a settlement of the dispute, the Committee may also at any stage and status of the proceedings make recommendations to the competent organs and governing bodies of the Max Planck Society. These in turn shall notify the Mediation Committee of their decision.

Should an organ or governing body be unwilling to follow the recommendation of the Mediation Committee, before reaching its decision it must instruct the Committee to again consider the matter, unless the parties immediately concerned shall have meanwhile agreed to another solution.

§ 13

The parties concerned shall inform the mediator or Mediation Committee if other proceedings are pending with regard to the dispute which is the subject of mediation.

In such cases, the mediator or Mediation Committee may declare the mediation to be at an end unless the parties unanimously apply for it to be continued.

§ 14

Mediation is free of charge. The function of the mediators and the Mediation Committee is honorary and unsalaried. Upon application, necessary expenses incurred by the mediators, members of the Mediation Committee and parties concerned and their representatives or supporters and other persons summoned will be reimbursed. The travel expenses regulations shall apply accordingly.

§ 15

These Mediation Guidelines shall take effect upon adoption by the Senate on 22 November 1974.

Die vorliegende Version der „Schlichtungsordnung“
wurde vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft
am 22. November 1974 beschlossen.

The present version of the “Mediation Guidelines”
have been adopted by the Senate of the Max Planck Society
on November 22, 1974.